

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Steuerpolitik

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
Aussagen zum Grund-freibetrag (ULA-Position: Muss regelmäßig angepasst werden, um Existenzminimum steuerfrei zu halten)	• Keine Aussagen	• Erhöhung über Anpassungen auf Grundlage des Existenzminimumsberichts hinaus „prüfen“	• Monatlicher Grundfreibetrag auf 1.050 Euro erhöhen (heute: 638 Euro)	• Erhöhung zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen (nicht quantifiziert)	• Keine Aussagen	• Erhöhen, mittlere und geringe Einkommen entlasten
Aussagen zum Steuertarif, kalte Progression (ULA-Position: dauerhaft abschaffen durch festen Indexierungsmechanismus für den Steuertarif)	• „Mittelstandsbauch“ im Steuertarif (=steiler Progressionsanstieg im unteren mittleren Bereich) abflachen • Gesamtentlastung bei Einkommenssteuer: 15 Mrd. Euro für „Mitte unserer Gesellschaft“	• Aufkommensneutrale Streckung des Steuertarifs.	• Steuertarif ändern mit dem Ziel, alle zu entlasten, die in Steuerklasse I weniger als 7.100 Euro brutto verdienen	• Vgl. Aussagen zum Spitensteuersatz	• Langsamerer Anstieg der Steuern im unteren und mittleren Bereich („Rechtsverschiebung“ des Tarifs und Abflachung des „Mittelstandsbauchs“) • Dauerhafter Einstieg in regelmäßige Anpassungen des Steuertarifs („Tarif auf Rädern“)	• Progressiven Anstieg der Steuern durch Steuerstufen ablösen • Tarife, Freibeträge, Freigrenzen indexieren, heimliche Steuererhöhungen so vermeiden
Aussagen zum Spitensteuersatz (ULA-Position: Steuertarif muss gestreckt werden, zu viele Personen unterliegen in Folge unterbliebener Anpassung derzeit dem (Grenz-)Steuersatz von 42 %)	• Spitensteuersatz soll erst ab 60.000 Euro (Steuerklasse III) greifen (heute: 42 % Steuersatz ab 54.401 Euro)	• Steuersatz von 42 Prozent erst ab 60.000 Euro (Steuerklasse III) erheben • Spitensteuersatz linear-progression auf 45 % anheben (ab 76.000 Euro in Steuerklasse III) • Reichensteuer (3 Prozentpunkte zusätzlich fix ab 250.000 Euro (Steuerklasse III; aktuell: 250.731 Euro)	• Reichensteuer von 60 Prozent oberhalb von rund 260.000 Euro und 75 Prozent oberhalb einer 1 Mio. Euro.	• Oberhalb von 100.000 Euro zu versteuernden Einkommen (Steuerklasse III) Spitensteuersatz erhöhen (nicht quantifiziert)	• Keine Aussagen	• Keine Aussagen

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Steuerpolitik

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
Aussagen zum Solidaritätszuschlag (ULA-Position: schnellstmöglich abschaffen)	• Ab dem Jahr 2020 schrittweise schnellstmöglich abschaffen (Entlastungsvolumen 4 Mrd. Euro bis 2021)	• Zunächst ab 2020 für kleine und mittlere Einkommen abschaffen (Entlastungsvolumen 10 Mrd. Euro)	• Keine Aussagen	• Keine Aussagen	• Solidaritätszuschlag bis 2019 abschaffen	• Keine Aussagen
Aussagen zum Ehegattensplitting (ULA-Position: Behandlung von Ehepaaren als eine „wirtschaftliche Einheit“ ist verfassungsrechtlich geboten und rechtfertigt das Splitting; hohe Belastung der Einkommen in Steuerklasse V ist psychologisch abschreckend aber technisch gesehen nur eine „Verzerrung“)	• Keine Aussagen	• Erhalt des Ehegattensplittings für heutige Eheleute • Familientarif (max. 20.000 Euro Einkommen übertragbar) mit Kinderbonus	• Ersetzung des Splittings durch familienfreundliche Modelle • Nicht ausgeschöpfte Grundfreibeträge übertragbar machen	• Ehepaare künftig individuell besteuern • Für Bestandsfälle: Wahlrecht zwischen Splitting oder Individualbesteuerung mit Förderung aus Familienbudget	• Festhalten am Ehegattensplitting	• Ergänzung des Ehegattensplittings um Familiensplitting
Aussagen zu Kindergeld / Kinderfreibetrag, sonstige Familieneförderung (ULA-Position: Bestehendes System aus Ehegattensplitting, Kindergeld und Kinderfreibeträgen erhalten)	• Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf Niveau der Erwachsenen anheben (heute: Grundfreibetrag 7.664 Euro, heute: Kinderfreibetrag: 4.716 Euro zzgl. 2.650 Euro Betreuungsfreibetrag)	• Kinderzuschlag zum Kindergeld (für Eltern mit niedrigen Einkommen) in Kindergeld integrieren	• Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen (heute: 192 Euro für 1. und 2. Kind; 223 Euro ab 4. Kind)	• Familienbudget mit einem Volumen von 12 Mrd. Euro einführen • Einkommensunabhängige Kindergrundsicherung einführen als Ersatz für Kindergeld und die Kinderfreibeträge • Wahlrecht für Eltern zwischen altem und neuen Recht bei Einführung	• Bündelung kinderpolitischer Maßnahmen in einem „Kindergeld 2.0“ • Kinderfreibeträge erhalten und anheben • Betreuungskosten in vollem Umfang abziehbar machen	• Umfassender Leistungsausgleich (Ziel: Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien) • Familiennahe Betreuung fördern • Leitbild der traditionellen Familie stärken

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Steuerpolitik

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
Aussagen zur Abgeltungsteuer (ULA-Position: Abgeltungssteuer wurde bei Einführung begrüßt,)	<ul style="list-style-type: none"> • Abgeltungsteuer durch Individualbesteuerung ersetzen (wenn funktionierender Informationsaustausch der Finanzbehörden besteht) 	<ul style="list-style-type: none"> • Abgeltungsteuer abschaffen (Einkommen aus Kapital und Arbeit gleich besteuern) 	<ul style="list-style-type: none"> • Abgeltungssteuer abschaffen (Sparerpauschbetrag aber erhalten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen
Aussagen zur Vermögensteuer (ULA-Position: Substanz-Besteuerung von Vermögen wäre verfassungswidrig)	<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung der Vermögensteuer wird ausgeschlossen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> • 5 % Vermögensteuer oberhalb einer Freigrenze von 1 Mio bzw. 5 Mio bei betriebsnotwendigem Vermögen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung einer verfassungsfesten Vermögensteuer für „Superreiche“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung einer Vermögensteuer wird abgelehnt (drohende schädliche Substanzbesteuerung bei Unternehmen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gegen Reaktivierung der Vermögensteuer
Aussagen zur Erbschaftsteuer (ULA-Position: derzeit kein Handlungsbedarf)	<ul style="list-style-type: none"> • Keine weiteren Verschlechterungen bzw. Erhöhungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirksame Besteuerung sehr großer Erbschaften sicherstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Schlupflöcher schließen • Höhere Steuern auf große Erbschaften • Normales selbstgenutztes Wohneigentum freistellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Einfaches und gerechtes System (wenn jüngste Reform vor Bundesverfassungsgericht scheitert) 	<ul style="list-style-type: none"> • Verschärfung der Erbschaftsteuer wird abgelehnt 	<ul style="list-style-type: none"> • Für Abschaffung der Erbschaftsteuer als „Substanzsteuer“
Aussagen zur Förderung von Forschung und Entwicklung (ULA-Position: Förderung möglichst flächendeckend einführen)	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen (Volumen: 2 Mrd. Euro) 	<ul style="list-style-type: none"> • „Forschungsbonus“ für Unternehmen, die Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Gezielte Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (Kontext: Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (Kontext: ökologische Modernisierung) 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung in Form von Steuergutschriften („Forschungsprämie“) 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerliche Bedingungen für Forschung und Entwicklung verbessern
Aussagen zur Finanztransaktionssteuer (ULA-Position: Finanztransaktionssteuer sollte auf keinen Fall Kapitalanlage für Altersvorsorge erschweren)	<ul style="list-style-type: none"> • Finanztransaktionssteuer in Zusammenarbeit mit anderen Staaten für eine solche Steuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz auf europäischer Ebene für Finanztransaktionssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine Finanztransaktionsteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Finanztransaktionssteuer, um Hochfrequenzhandel auszubremsen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen